

Große Anfrage

der Abgeordneten Wolfram (Recklinghausen), Roth, Dr. Jens, Dr. Ahrens, Dr. von Bülow, Catenhusen, Collet, Dr. Ehrenberg, Fischer (Homburg), Dr. Hauchler, Jung (Düsseldorf), Junghans, Klose, Dr. Kübler, Lennartz, Frau Dr. Martiny-Glotz, Meininghaus, Menzel, Dr. Mitzscherling, Rappe (Hildesheim), Reuschenbach, Rohde (Hannover), Schäfer (Offenburg), Schmidt (Wattenscheid), Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Stahl (Kempen), Vosen, Weinhofer, Dr. Wieczorek, Zeitler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Raffineriesterben und Arbeitsplatzverluste in der Bundesrepublik Deutschland

Die Mineralölwirtschaft befindet sich in der Bundesrepublik Deutschland in einer tiefgreifenden Strukturkrise. Der Abbau von Raffineriekapazitäten hat sich gerade in jüngster Zeit so stark beschleunigt, daß die akute Gefahr eines Rückgangs der Kapazitäten über das für die Versorgungssicherheit gebotene Maß hinaus besteht. Die Anpassungen haben sich zudem bisher unkoordiniert und regional unausgewogen vollzogen. Erhebliche Arbeitsplatzverluste und Konzentrationsbewegungen sind die Folge.

Die Versorgungssicherheit ist besonders bei krisen- und weltmarktbedingten Verknappungen nach den Erfahrungen zweier Ölpreiskrisen gefährdet, wenn ein gewisses Maß heimischer Kapazitäten unterschritten wird und die Importabhängigkeit stärker zunimmt. Die Mineralölwirtschaft darf nicht auf den Stand von Handelsgesellschaften absinken, deren Entscheidungen noch dazu durch multinationale Unternehmen im Ausland getroffen werden.

Die Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland haben sich seit 1978 fast halbiert. Sie werden von 160 Mio. Tonnen pro Jahr auf nur noch 85 Mio. Tonnen Ende des Jahres 1985 absinken. Unter Berücksichtigung der Stillstandszeiten für Wartungen bedeutet dies eine tatsächlich verfügbare Kapazität von nur noch rd. 70 Mio. Tonnen. Der gesamte Inlandsbedarf an Mineralöl dürfte im Jahre 1985 rd. 104 Mio. Tonnen betragen. Alarmierend ist vor allem der beschleunigte Abbau der Kapazitäten von 18 Mio. Tonnen allein von Dezember 1984 bis Juni 1985. Stillgelegt wurden die Raffinerien der Mobil-Oil im Wilhelmshaven, der Saarbergwerke in Völklingen (Saarland-Raffinerie) sowie die Rohöldestillation der Eriag in Ingolstadt. Hinzu kamen

die Stilllegungen der BP in Hünxe bei Dinslaken und Hamburg. Nicht berücksichtigt sind dabei Teilstillegungen bei fast allen Raffinerien sowie die beschlossenen Stilllegungen bei Esso in Hamburg-Harburg und Köln. Auch in Zukunft wird noch mit weiteren Stilllegungen zu rechnen sein.

Bisher fehlt ein schlüssiges Konzept, bei dem sichergestellt ist, daß

- der Kapazitätsabbau nicht über einen für die Versorgungssicherheit kritischen Umfang hinausgeht,
- die Importabhängigkeit bei Fertigprodukten nicht unangemessen zunimmt,
- der notwendige Kapazitätsabbau sich in allen Mitgliedsländern der EG gleichmäßig und regional ausgewogen vollzieht,
- bestehende Marktregulierungen in anderen EG-Ländern, aber auch in den USA und in Japan, abgebaut und beseitigt werden,
- Umweltschutzvorschriften in der EG harmonisiert werden.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit

1. Wie beurteilt die Bundesregierung Auswirkungen von Ausmaß und Tempo des Raffineriekapazitätsabbaus auf die
 - mittel- und langfristige Versorgungssicherheit mit Fertigprodukten zu akzeptablen Preisen,
 - einzelnen Regionen, deren unterschiedliche Wirtschaftskraft und Arbeitsmärkteund auf die
 - Angebotsstruktur und vor allem auch auf das mittelständische Handels- und Vertriebssystem?
2. Sind nach dem bereits starken Kapazitätsabbau 1985 für die Zukunft weitere Stilllegungen und Teilstillegungen beabsichtigt, und wenn ja, mit welcher Größenordnung ist zu rechnen?
3. Hält die Bundesregierung die Aufrechterhaltung einer bestimmten heimischen Raffineriekapazität aus volkswirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen für erforderlich, und ist sie bereit und in der Lage, eine Orientierungsgröße zu nennen?
4. Hält die Bundesregierung es auch in der Zukunft für erstrebenswert, daß bei den Fertigprodukten etwa zwei Drittel im Inland erzeugt und höchstens ein Drittel importiert werden?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung Prognosen des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, wonach
 - der Jahresbedarf an Mineralölprodukten bis zum Jahre 1990 auf etwa 95 Mio. Tonnen absinkt und die heimischen Raffineriekapazitäten auf nur noch 65 Mio. Tonnen zurückgehen werden (ohne wartungsbedingte Stillstandszeiten),
 - der Import von Fertigprodukten etwa 50 Mio. Tonnen pro Jahr erreichen wird?

6. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft zu mehr Transparenz über die zukünftige Entwicklung der Kapazitäten und zu mehr Abstimmung mit den Unternehmen zu kommen?
7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Versorgung der chemischen Industrie mit Energie und Rohstoffen bei einem weiteren Abbau der Raffineriekapazitäten ernsthaft gefährdet wird?
8. Wie wirkt sich der Ausbau neuer Raffineriekapazitäten in verschiedenen Ölförderländern auf Höhe und Zusammensetzung der Kapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland aus?
9. Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen Niedersachsens zu unterstützen, die Raffinerie in Wilhelmshaven weiterzuführen?

II. Auswirkungen auf die Arbeitsplätze

10. Wieviel Arbeitsplätze sind durch den Abbau von Raffineriekapazitäten seit 1978 verlorengegangen?
11. Zu welchen weiteren Arbeitsplatzverlusten ist es mittelbar gekommen (Handel, Vertrieb, Tankstellen und Handwerk)?
12. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Ersatzarbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen?

III. Gegen Protektionismus

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß Fertigprodukte wegen Marktregulierungen (Mindestpreise) und Einfuhrerschwernisse wichtiger westlicher Industrieländer in Volkswirtschaften mit offenen Märkten, wie die Bundesrepublik Deutschland, umgelenkt werden und es deshalb bei uns zu überproportionalen Kapazitätsvernichtungen kommt?
14. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung bei der EG-Kommission und der Internationalen Energieagentur, um Marktregulierungen und Importerschwernisse bei Fertigprodukten abzubauen und die Märkte weltweit zu öffnen?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der USA und vor allem Japans, und ist sie bereit, mit den EG-Partnern auf diese Länder einzuwirken, damit sie ihre Märkte wesentlich stärker als bisher für Importe öffnen?

IV. Abbau von Wettbewerbsverzerrungen

16. Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand direkter und indirekter Subventionierungen von Raffineriekapazitäten in anderen EG-Ländern, um hier einen Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen zu vermeiden oder zumindest zu verzögern?
17. Welche Subventionen gibt es, und wie hoch sind die Subventionen in den einzelnen Ländern?

18. Kann die Bundesregierung Gerüchte bestätigen, daß z. B. die Niederlande auf die internationalen Mineralölgesellschaften Druck ausüben, um im Gebiet von Rotterdam die Raffineriekapazitäten weiter zu modernisieren und auszuweiten?
19. Was unternimmt die heimische Mineralölwirtschaft, um die Umweltbedingungen zu verbessern, und welche Anstrengungen machen hier andere Länder?
20. Wie hoch sind in etwa die Umweltkosten pro Tonne Fertigprodukte bei uns und bei unseren EG-Partnern?

V. Harmonisierung der Ölpolitik in der EG und darüber hinaus

21. Welche Absichten hat die EG-Kommission, und welche Initiativen gedenkt die Bundesregierung in Brüssel und bei der Internationalen Energieagentur zu ergreifen, um in den einzelnen EG-Ländern zu einem ausgewogenen Abbau von Raffineriekapazitäten zu kommen?
22. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland beim Kapazitätsabbau so viele Vorleistungen erbracht worden sind, daß weitere Kapazitätsstillegungen, wenn überhaupt, nicht bei uns, sondern nunmehr in stärkerem Maße als bisher in anderen EG-Ländern zu erfolgen haben?
23. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die unterschiedlichen Umweltkosten in der EG zu harmonisieren?
24. Welche Chancen sieht die Bundesregierung, und welche Initiativen ist sie bereit zu ergreifen, daß die EG-Länder endlich zu einer gemeinsamen Energiepolitik unter Berücksichtigung der Probleme der einzelnen Energiemärkte kommen?

Bonn, den 11. September 1985

Wolfram (Recklinghausen)	Meininghaus
Roth	Menzel
Dr. Jens	Dr. Mitzscherling
Dr. Ahrens	Rappe (Hildesheim)
Dr. von Bülow	Reuschenbach
Catenhusen	Rohde (Hannover)
Collet	Schäfer (Offenburg)
Dr. Ehrenberg	Schmidt (Wattenscheid)
Fischer (Homburg)	Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Hauchler	Stahl (Kempen)
Jung (Düsseldorf)	Vosen
Junghans	Weinhofer
Klose	Dr. Wieczorek
Dr. Kübler	Zeitler
Lennartz	Dr. Vogel und Fraktion
Frau Dr. Martiny-Glotz	